

Antrag

der Abgeordneten Reinhard Houben, Michael Theurer, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Dr. Martin Neumann, Manfred Todtenhausen, Sandra Weeser, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Till Mansmann, Christoph Meyer, Alexander Müller, Bernd Reuther, Christian Sauter, Frank Schäffler, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Stephan Thomae, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig und der Fraktion der FDP

„Wohlstand für alle“ auch im 21. Jahrhundert

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das digitale Zeitalter stellt Deutschland und Europa vor große Herausforderungen. Im Kontext des zunehmenden Systemwettbewerbs auf internationaler Ebene entscheidet der wirtschaftliche Erfolg über die Zukunft unserer offenen Gesellschaft. Deutschland und Europa müssen den Beweis antreten, dass Demokratie und soziale Marktwirtschaft auch in der globalisierten Welt im Jahrhundert der digitalen Revolution „Wohlstand für alle“ gewährleisten können.

Bislang liegen die Voraussetzungen hierfür nicht vor: Die digitale Infrastruktur in Europa, insbesondere in Deutschland, ist nicht auf dem besten Stand. Die Steuer- und Abgabenlast der privaten Haushalte ist zu hoch und dürfte aufgrund der von der Koalition geplanten kostenintensiven Vorhaben in Zukunft deutlich ansteigen. Die Belastbarkeitsgrenze künftiger Generationen ist längst erreicht, obwohl die Zukunftsinvestitionen weit hinter dem Bedarf zurückbleiben.

Deshalb droht die deutsche Volkswirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Bei vielen Schlüsseltechnologien ist Deutschland seinen Wettbewerbern nicht gewachsen. Auch bei deutlich steigender Wettbewerbsfähigkeit kann sich Deutschland international nicht alleine behaupten. Deutschland braucht im globalen Wettbewerb die Unterstützung durch eine starke und geschlossene Europäische Union, vor allem um sich gegenüber den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China langfristig behaupten zu können.

Wir sind der Überzeugung, dass das Modell der sozialen Marktwirtschaft im zunehmenden internationalen Systemwettbewerb bestehen kann.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Möglichkeiten zur Beteiligung privaten Kapitals beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur stärker zu nutzen und den Ausbau von 5G-Mobilfunktechnik in Deutschland unter Berücksichtigung physikalischer Gegebenheiten voranzutreiben;
2. die Haushaltspolitik konsequent an der begrenzten Belastbarkeit der jungen Generation auszurichten, indem
 - a. die konsumtiven Ausgaben zugunsten zusätzlicher Investitionen zurückgeführt werden;
 - b. die seit Jahren steigende Steuer- und Abgabenbelastung insbesondere der privaten Haushalte reduziert wird;
 - c. bei der Reform der Grundsteuer auf bürokratieintensive Lösungen verzichtet und eine zusätzliche Belastung von Mietern in Ballungsräumen verhindert wird;
3. die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nachhaltig zu stärken, indem
 - a. sie einen Gesetzentwurf vorlegt, der die vollständige und endgültige Streichung des Solidaritätszuschlags vorsieht;
 - b. einen Rahmen schafft, der anwendungsorientierter Forschung im Bereich Künstliche Intelligenz, Biotechnologie, zukünftige Mobilität, Energieerzeugung und neue Werkstoffe genügend Raum bietet;
4. die Zusammenarbeit mit Frankreich bei Projekten der digitalen Infrastruktur, der Telekommunikation und der Mobilität und darüber hinaus weiter zu vertiefen;
5. sich in Kooperation mit der Europäischen Kommission stärker als bisher um die Überwindung des Handelskonfliktes mit den USA zu bemühen und insbesondere dazu beizutragen, dass die Europäische Union den Vereinigten Staaten aus einer Position der Stärke heraus begegnen kann, indem Deutschland auf nationale Alleingänge verzichtet und so die Geschlossenheit der EU-Mitgliedstaaten fördert;
6. die Erarbeitung einer europäischen China-Strategie aktiv voranzutreiben;
7. dem Modell der sozialen Marktwirtschaft wieder mehr Dynamik zu verleihen, damit unsere offene Gesellschaft und „Wohlstand für alle“ auch im 21. Jahrhundert erreichbar bleibt.

Berlin, den 7. Mai 2019

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.